

Gübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustriren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Gübecker Volksbote“ erscheint täglich zweimal außer an Sonn- und Feiertagen, mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße 60, zu beziehen. Preis vierteljährlich Mr. 1,60. Monatlich 50 Pf. Zusätzlich ist der Zuschlag 2. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergeschaltete Zeitung über den Raum 15 Pf., für Verhandlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen zur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Sonnabend, den 15. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Koblenzer Duellmord.

Unausrottbar scheint die blödsinnige Duellmanie zu sein. Allerdings darf man sich darüber nicht wundern, wenn man bedenkt, wie die Duellmorde „bestraft“ werden. Vor wenigen Tagen hatten wir in der „Kleinen Chronik“ über ein Duell in Koblenz gemeldet, bei welchem ein Leutnant einen Studenten erschoss. Die Verurteilung war auch zu diesem Duell, wie fast immer, ganz geringfügiger Natur.

Der Leutnant Döring machte im Volkssaal einem jungen Mädchen gegenüber, das mit dem Studiosus Stöckorn getanzt hatte, die Bemerkung, „mit einem solchen Tänzer würde er nicht tanzen“. Der Student forderte von dem Leutnant Ausklärung über diese Neuerung und als ihm diese in beleidigender Weise verweigert wurde, revanchierte er sich mit Ohrfeigen. Am nächsten Tage fand ein Zweikampf statt, bei dem der zuerst beleidigte Student niedergeschossen wurde. Den Verlauf des Streites und was sich hernach zugetragen, schildert eine Aufschrift des Vaters des erschossenen Tänzers an die „Kölnische Zeitung“, die wir nachstehend im Wortlaufe folgen lassen, da sie auf die ganze Angelegenheit und insbesondere auf die Thätigkeit des „Chrenraths“ große Streiflichter wirft. Der unglückliche Vater schreibt:

„Nachdem der Leutnant Döring die beleidigende Neuerung gethan, ist mein Sohn in aller Ruhe zu ihm gegangen und hat ihn gebeten, mit ihm herauszukommen. Draußen hat mein Sohn ihn in aller Ruhe gebeten, zu erklären, ob er ihn mit der Neuerung habe beleidigen wollen. Hierauf schrie der Leutnant ihn an, was ihm einfalle, ihn heranzurufen; er scheute nicht zu wissen, wer er sei. Mein Sohn antwortete ihm ruhig, der Leutnant habe sich ihm zwar nicht vorgesetzt, er wisse aber doch, daß er der Leutnant D. sei. Dann hat mein Sohn ihn noch zuerst in ruhiger Weise um Ausklärung gebeten, und als er immer dieselbe Bemerkung machte, er scheue nicht zu wissen, wen er vor sich habe, und ihn schließlich Appel und Feigling schimpfte, da verließt ihm mein Sohn eine Ohrfeige; als D. ihn dann noch zum Schimpfen und selbst auf ihn einschlug, erhielt D. einige weitere Ohrfeigen. Einen späteren Bericht des Leutnants D., mit meinem Sohne zu sprechen, wies dieser mit dem Bemerkten zurück, daß er für ihn an dem Abend nicht mehr existiere, er möge, wenn er irgendwelche Wünsche habe, sie morgen kundgeben. Am folgenden Tage, Nachmittags gegen 2 Uhr, erhielt mein Sohn die Forderung auf Pistolen, die er annahm, mit der Auflage, seine Gefundenen bis 1½ Uhr zu den Gefundenen des Leutnants D. zu senden. Den Gefundenen meines Sohnes wurde eröffnet, daß sich die Bekleidung nur durch ein Pistolenduell bis zum Kampffähigkeitsschein ließe. Auf ihre Einwendung, daß kein Corps einer Universitätsstadt über einen dreimaligen Regelwechsel hinausginge und sie, da mein Sohn Student sei, auch nicht mehr zugestehen könnten, wurde ihnen eröffnet, daß das alles nichts nütze, sie müßten die Bedingungen des Offizier-Chrenrathes, die auf Kampffähigkeit laute, annehmen, da sich ohne das die Sache nicht lösen lasse. Die Gefundenen thollten meinem Sohne das mit, und mein in solchen Sachen ganz unerfahrener Sohn, der noch nicht 21 Jahre alt war, nahm in dem Glauben, daß er seiner Chren nicht voll genüge, wenn er nicht auf diese scharen Bedingungen eingehet, sie an. Die Gefundenen meines Sohnes haben dann zu Protokoll erklärt, daß sie darauf beständen, daß dem Unparteiischen nach dem dritten Regelwechsel das Recht zustehe, das Duell zu beenden. Der Unparteiische, der Vorsitzende des Chrenrathes des 68. Regiments, wurde dann auch nach dem dritten Gange von den Gefundenen meines Sohnes mit Rücksicht darauf, daß mein Sohn einen Streifschuß an der Wade erhalten hatte, aufgefordert, das Duell für beendet zu erklären. Die Offiziere berieten zusammen und beschlossen, daß das Duell weiter zu gehen habe. Im fünften Gange wurde dann mein Sohn tödlich verwundet.“

Zugegeben, daß diese Darstellung des Vaters des Erschossenen nicht rein objektiv gehalten ist, so bleibt doch soviel Erschütterndes übrig, daß eine authentische Darlegung der ganzen entsetzlichen Angelegenheit unvermeidlich ist. Die „Frankf. Zeitung“ erfährt, daß der Kaiser den Kommandeur des 68. Regiments zu sich entboten hat, um sich über den Fall berichten zu lassen. Die „Frankf. Zeitung“ heißtt über auch über das Duell selbst eine Nachricht mit, die geradezu unglaublich klingt. Danach soll nicht der beleidigte Leutnant Döring das Duell ausgefochten haben, sondern der Leutnant Koepke vom 68. Infanterie-Regiment. Döring hat von Stoeckorn bei dem Streite in dem Tanzlokal von Billen in Güls sehrartige Verlehrungen erlitten, daß der Chrenrath ihn

für Kampffähig erklärt. Koepke meldete sich freiwillig, er wohnt mit Döring in demselben Hause.

Dad ist das Stärkste, was bei solch blödsinniger Schieberei bisher geboten worden ist. Also ein Mann, der mit der ganzen Angelegenheit nichts zu thun hat, der nicht beleidigt worden ist, stellt sich dem Bekleidigen eines anderen mit der Pistole gegenüber, schlägt ihn nieder und der Chrenrath billigt dies Verfahren! Eine öffentliche Aufklärung muß hier unter allen Umständen erfolgen. Auch wird es Sache des Reichstags sein, von der Regierung Menschenrecht zu fordern, wie solche verachtete Schiebereien nach der Busage, daß man rechtlich dem Duellwesen steuern wolle, noch möglich sind. Es geht eben nur ein Mittel, das mit den Duellauferseen radikal anstreben würde: In's Buchthaus mit den Duellmorden, dorthin, wo die andern Verbrecher und Blaubolde geschickt werden!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Gübecker Volksbotes“)

Berlin, den 13. April 1899.

Im Reichstage wurde hente die Postreform-Novelle an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen. Die Debatte gestaltete sich noch ziemlich lebhaft, neue Gesichtspunkte wurden nicht mehr zu Tage geschildert. Der freisinnige Abgeordnete Fischbeck und der ultramontane Abg. Mintelen polemisierten stark gegen die Erweiterung des Postmonopols durch Beseitigung der Privatposten. Herr Fischbeck nahm sich der Privatgesellschaften und namentlich des privaten Kapitals sehr warm an, machte auch das Moment der Konkurrenz, welches die Reichspost erst zu den Reformen gedrängt habe, geltend. Dem alten Mintelen kam es weniger auf die Schädigung der einzelnen Kapitalisten als auf die Schädigung des Publikums an, die er in dem künftigen Wegfall des billigen Postos sieht. Der ultramontane Kaplan Dasbach hatte Bedenken gegen die Vermehrung der abhängigen Beamtenchaft und zog besonders heftig gegen den vorgeschlagenen Postzeitungstarif zu Felde, der geeignet sei, der kleineren Provinzpressen den Garas zu machen.

In später Stunde wurde noch die Berathung der Fernsprechgebührenordnung in Angriff genommen. Nach einer einleitenden Rede des Staatssekretärs, die er wieder im Concept vor sich hatte, obwohl er behauptete, den Stoff vollständig zu beherrschen, kam Genosse Singer zu Wort. Er ühte lebhaft Kritik an der Vorlage, die eine Erhöhung der Telephongebühren für die großen Städte bedeutet zu Gunsten der kleinen und geizelten scharf ben och hier wieder zu Tage tretenden Fiscalismus. Morgen kommt erst die Samoa-Interpellation zur Berathung, alsdann soll die heutige Berathung fortgesetzt werden.

64. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Auf Befehl des Staatssekretärs: von Podbielski.

Die erste Berathung der Novelle zum Postgesetz wird fortgesetzt.

Fischbeck (FDP): Wir bedauern, daß die Regierung bei der neuen Vorlage dieselbe Tendenz wie bei der vorjährigen verfolgt: mit dem Tarifermäßigen macht sie einen Schritt vorwärts und zugleich mit den verlangten Kompensationen mehrere Schritte rückwärts. Bei der Durchführung von Reformen ist auch für die Post nur der Finanzstandpunkt maßgebend. Wenn aber Milliarden im Interesse der Armee und der Flotte ausgegeben werden, dann hat das deutsche Volk auch das Recht, Erleichterungen für seinen Verkehr zu verlangen, selbst wenn sie etwas kosten. Man hat gesagt, das Publikum habe gar kein besonderes Interesse für die Privatposten; das stimmt aber nicht, denn sein Vertrauen zu demselben steigert sich immer mehr. Mit dem Gutachten der Hannoverschen Handelskammer verhält es sich nicht so, wie der Herr Staatssekretär es dargestellt hat. Es hat sich dort nur eine Stimme gegen die Privatposten erhoben, und das Ganze wurde dann als starker Punkt zurückgestellt. Der Vorsitzende der Handelskammer hat aber erklärt, daß er sich davon überzeugt hätte, daß sein starker Misstrauen gegen die Privatposten ungerichtet sei und er sie jetzt regelmäßig benutzt. (Hört, hört.) Versehen kommen überall, auch bei der Reichspost, vor. Bei der Aufhebung der Privatposten steht die Sache so: die großen Städte sollen noch mehr bezahlen, damit die auf dem Lande es billiger haben, denn die großen Städte, die die Privatposten haben, brauchen ja die Tarifreduzierungen nicht. Gerade durch die Konkurrenz wird die Reichspost zu Reformen gedrängt; deshalb muß die Konkurrenz erhalten bleiben. Was die Entschädigungsfrage betrifft, so treten wir für die Entschädigung aller Beteiligten ein, nicht bloß der Ansteller, wie dies die Sozialdemokratie thut. Sie überläßt es uns, für alleseitige Gerechtigkeit zu sorgen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie ist für Verstaatlichung aus Prinzip und die gestrichenen Ausführungen des Herrn Singer sollten nur einen Schleier

darüber breiten, daß die Sozialdemokraten im Interesse der Verfolgung irgend einer sozialistischen Utopie den Arbeitern das bitterste Unrecht thun. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Völlig unhaltbar erscheint mir der Art. 3, der den Privatposten, falls sie sich auch nach Erweiterung des Postgebührens noch als lebensfähig erwiesen sollten, als Schlechtwegen das Leben leicht ausblößen will. Dagegen stimme ich dem Prinzip des neuen Postzeitungstarifs durchaus bei. Die Einschränkung des Expressverkehrs, wird ja vermutlich fallen, und ich hoffe, daß aus der Kommissionsberatung noch ein ganz brauchbares Gesetz hervorgehen wird. (Wettsall.) In Bezug auf die Entschädigung der Angestellten kann ich Herrn Singer nur bestimmen. Über die Hauptfrage für mich ist: wer entschädigt denn das Publikum? Die neue Vorlage steht in der That eine Verbesserung der Postverwaltung dar; das kann man nicht anders nennen als ein fiskalisches Interesse. Die Post will einfach die Einnahmen der Privatposten auch in ihre Tasche stecken, anstatt daß sie die längst nothwendigen Reformationen einführt und die Privatposten ruhig bestehen läßt.

Staatssekretär von Podbielski: Ich habe erwartet, daß der Herr Vorredner für die Privatposten eintreten würde. Der Vorwurf, ich hätte ein minderwertiges Material gegen die Privatposten vorgebracht, ist nicht berechtigt. Die Presse hat fast durchweg konstatiert, daß meine gestrige Rede sachlich war. Den Privatposten soll übrigens nur die Besserung geschlossener Briefe, nicht die Packbeförderung, entzogen werden. Verlehrerleichterungen kann ich nur einführen, wenn ein Überschuss vorhanden ist; und durch sparsames Wirtschaften glänbe ich dem Reiche besser zu dienen, als wenn ich Geld ausgebe, und der Reichstag dann für Deckung sorgen muß.

Mintelen (C.): Der Preis, den der Herr Staatssekretär für seine Tarifermäßigungen fordert, ist zu hoch. Ich halte es für eine ungerechte Bevorzugung des Publikums seitens der Reichspost, wenn gesagt wird, die Privatposten können nicht bestehen bleiben, weil sie für die Wahrung des Briefgeheimnisses keine genügende Garantie bieten. Nach unserer Ansicht liegt für die Ausdehnung des Monopols kein Grund vor.

Vertel (R.): Die Vorlage zeigt wie jede ein wenig Fiskalismus, aber auch nicht mehr. Herr von Podbielski ist seineswegs ein bedeutender Vertreter des Fiskalismus. Herr Singer hat in seiner Rede etwas ausgeführt, was man außerhalb dieses hohen Hauses einen Eiertanz nennen könnte. (Heiterkeit.) Wir sind nicht gegen die Erweiterung des Monopols; jedoch erregt die Bestimmung über die Expressbestimmung bei uns Bedenken. Eine Änderung des Postzeitungstarifs halte ich auch für erwünscht, jedoch nicht in der vorliegenden Form. Am besten wäre es, wenn der ganze Zeitungstarif einheitlich aus dem Gesetz herausgelassen und noch einer besonderen Konferenz unterbreitet werden würde.

Dasbach (S.): England hat in seiner Postverwaltung einen Überschuss von 75 Millionen, trotzdem dort längst ein wesentlich höheres Maximalgewicht für Briefe eingeführt ist. Da ist es merkwürdig, daß man in Deutschland so lange mit der Erhöhung des Maximalgewichts bzgert und diese Verbesserung jetzt noch mit unausnehmbaren Bedingungen verknüpft. (Sehr richtig!) Auf alle Bedenken, die gegen die Vorlage geäußert worden sind, will ich nicht eingehen, nur den Punkt erwähnen, der die Vermehrung des abhängigen Beamtenpersonals betrifft. Wenn Herr v. Podbielski auch betont hat, daß die Postverwaltung ganz unparteiisch ist und sich dagegen verwaht hat, daß die Vermehrung der bei der Post Angestellten irgend einer Partei zum Nachtheil gereichen soll, so hat doch gerade die Zentrumspartei in dieser Beziehung schlechte Erfahrungen gemacht. Die Bestimmung über die Verbesserung durch Expressboten, die im ganzen Hause so lebhaft einen Widerspruch geäußert hat, soll nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs nur die kleinen Zeitungen gegen die Konkurrenz des Großkapitals schützen. Dieses Wohlwollen für die kleinen Zeitungen verliert indeed um so peinlicher, als der Herr Staatssekretär in seinem neuen Zeitungstarif uns einen Vorschlag macht, welcher geradezu eine Erdrosselung der kleinen Zeitungen bedeutet. (Sehr richtig!) Hoffentlich läßt der Herr Staatssekretär noch in der Kommission mit sich reden. Sonst ist die viele Mühe umsonst; das Gesetz kann nicht zu Stande kommen.

Staatssekretär v. Podbielski konstatiert, daß die Zahl der Privatpostbeamten eine sehr geringe sei und daher die Verbesserung, daß man mehr abhängige Beamte schaffen wolle, hinfällig sei.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs einer Fernsprechgebührenordnung.

Staatssekretär v. Podbielski: Wir ist in der Presse in Folge meiner gestrigen Rede der Vorschlag gemacht worden, ich sollte meine Reden lieber gleich vorher drucken lassen. (Heiterkeit.) Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich mich wieder mehr an das Konzept halte. Da ich hier drei Gesetzentwürfe zu begründen habe, so kann ich das nicht in ganz freier Rede thun, ohne das Material durcheinander zu werfen, wenn ich auch die Materie vollständig beherrsche. Die Ausdehnung unseres Fernsprechwesens in Deutschland zeigt, daß wir an der Spitze der Entwicklung aller Länder der Welt stehen. Zuerst sind die Fernsprech-einrichtungen in den großen Städten erfolgt und erst allmählich auch in kleineren und mittleren Orten. Es war naturngemäß, daß man zunächst einen Einheitszoll für die Fernsprechgebühren festsetzte und zwar von 150 Mk. Dieser Einheitszoll hat aber die große Schwäche, daß er die einen belastet und die anderen entlastet; solange die unteren und oberen Grenzziffer sehr nahe aneinanderliegen, macht das nicht viel aus, sobald aber auch viele kleinere Orte Fernsprechanschluß erhalten, machen sich die Wirkungen des platten Zolles sehr bemerkbar. Die Entwicklung des Fernsprechwesens auf dem Lande wird durch den Einheitszoll geradezu gehemmt. Daher stellt sich die Vorlage die Ermäßigung der Gebühren für die kleineren Orte als Ziel — Der Hinweis auf die großen Ausgaben für Kolonien usw. ist doch nicht maßgebend, denn während es sich da

um Ausgaben im Interesse des ganzen Volkes handelt, kommen hier doch nur die Interessen einer begrenzten Zahl von Staatsbürgern in Betracht. Dahin wird es doch nie kommen, daß jeder Bewohner Deutschlands ein Telefon in seiner Wohnung hat. — Ungeheuer lange das vorhandene Defizit im Telegraphenwesen nur durch Mehreinnahmen aus dem Telephonwesen gedeckt werden. — Den Vorwurf der Qualität, der mir auch hier wieder gemacht ist, muß ich durchaus ablehnen. Es ist nicht richtig, daß mit der wachsenden Zahl der Anfängerstellen sich die Kosten billiger stellen. Ich glaube also gezeigt zu haben und werde in der Kommission noch weitere Beflege dafür ausführen, daß die Belastung der großen Städte tatsächlich nicht so schlimm ist, hauptsächlich im Hinblick auf die Einführung der Doppelleitung, die im ganzen 20 Millionen verursachen wird. Siebner wünscht schließlich, daß das vorliegende Gesetz wie das Gegegesein wegen der unvermeidbaren Konkurrenz beider Materialien einer gemeinsamen Kommission vorgelegt werde.

Singer (SD): Ich kann der Begründung der Vorlage, die Herr v. Pobbielski gegeben hat, nur in sehr beschränktem Maße zustimmen. Ich sehe keinen ausreichenden Grund darin, daß die Billigung des Fernsprechvertrags auf dem Lande durch eine Vertheilung in der Stadt ausgegliichen werden soll. Man gewinnt den Eindruck, daß derartige Vorlagen mehr im Reichstag statt als im Reichsgericht gemacht werden, wenn man das ängstliche Bestreben sieht, um ja keine Ausfälle zu haben. Die Aussaltung des Herrn Staatssekretärs, daß die Telephongebühren nicht nur für die Kosten der Gestaltung der Einrichtungen, sondern auch für die Neuauflagen Bruch geben müssen, ist unzutreffend. Sie sind dauernde Einrichtungen, und die Kosten für dieselben sind durch Anleihen zu decken, die später amortisiert werden. Meiner Meinung nach müssten die Telephongebühren nach der Höhe der Leistungen, nach der Zahl der Gespräche festgesetzt werden. Der Herr Staatssekretär sagte zwar, es gäbe zur Zeit keinen zuverlässigen automatischen Apparat für das Zählen der Gespräche; nach der Fachsprache, die ich genau verfolge, sollten aber welche eingesetzt, und ich bitte den Herrn Staatssekretär um Auskunft, wie es damit steht. So lange eine genaue Gesprächszählung unmöglich ist, fragt es sich, ob die im Gesetz vorgeschlagenen Renditionen gerade die richtigen sind. Ich habe mich vergnügt bemüht, in der Begründung der Vorlage die Basis zu finden, auf der sie beruht. Die vorliegenden Bestimmungen sind viel zu kompliziert und werden sich höchstens noch stark vereinfachen lassen. Sehr im Argen liegt noch der Fehler im Gesprächsverkehr; auch zieht es viel zu wenig öffentliche Fernsprechstellen. Außerdem ist der Preis von 25 Pf. für ein Einzelgespräch viel zu hoch. Herr v. Pobbielski sollte einmal die Zahl der öffentlichen Fernsprechstellen zu vermehren und die Einzelgebühr von 25 auf 10 Pf. herabzufügen suchen; dann würde er sich viele Privatanschlüsse ersparen. — Ich beantrage also, die Vorlage an dieselbe Kommission zu verweisen wie die vorige und erläutere nochmals: wir werden nie unsere Zustimmung dazu geben, daß die Billigung des Telephonwesens für das Land durch eine Vertheilung für die großen Städte aufgewogen werden soll. (Beifall lude.)

Staatssekretär v. Pobbielski erklärt, es handle sich darum, daß die kleineren Orte nicht zu den Kosten für die größeren beitragen. Was die Fernsprechstellen betrifft, so werden in Berlin hundert errichtet werden, bei denen das Gespräch nur 10 Pf. kosten soll. Aber im Allgemeinen muss doch davon festgehalten werden, daß die Leistungen in den Großstädten durch die Doppelleistungen, die am meisten Druck kosten, am schwersten sind. Eine Verzinsung und Amortisation ist nach meiner Ansicht überhaupt nicht herauszuholen.

Ein Beratungsantrag wird hierauf angenommen.

Präf. Graf Ballerstädt meint, daß eine Interpellation über die Vorfälle vor und auf Samoa eingegegen ist, die von den Abg. Dr. Behr (NL), Dr. von Leverenz (D.), Graf von Arnim (NP), Schröder (C.), Mücke (FBG.) und Schmidt-Eberfeld (FBP) unterzeichnet sind. Er schlägt vor, die Interpellation schon auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Das Haus ist damit einstimmig.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Interpellation betr. Samoa; Fortsetzung der Beratung der Telephongebührenordnung; Fleischbeschaffung.)

Schluss: 5½ Uhr.

Politische Standpunkte.

Deutschland.

Der sozialdemokratische Sieg in Berlin II liegt Eugen Richter schwer im Magen. Besonders an den Konservativen läuft der Rektor von Hagen seinen Groß aus. In Lippstadt schreibt er: „Die konservative Partei ist die Vorsprung der Sozialdemokratie gerade in Berlin.“ — Man sieht, trotz des Reinfalls, ist dem Helden Eugen der Humor und Witz noch nicht ausgegangen.

Die Knebelung der Landarbeiter. Dem Landwirtschaftlichen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach Landwirtschaftliche Arbeiter, die widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft werden. Die Bestrafung trifft nur auf Antrag des Arbeitgebers ein, der längstens innerhalb einer Woche nach Begehung der strafbaren Handlung gestellt sein muß und zurückgenommen werden kann. Außer der Strafe ist die zwangsläufige Zuführung derselben durch die Polizeibehörde des Arbeitsortes auf Antrag des Arbeitgebers zulässig. Der Antrag muß auch hier innerhalb einer Woche gestellt werden. Wer landwirtschaftliche Arbeiter zur widerrichtlichen Verweigerung des Antritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleiht, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft und ist dem Arbeitgeber für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich, für den er neben dem Arbeiter als Gesamtschuldner haftet. Landwirtschaftliche Arbeiter, die die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern, untereinander verabreden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die Unstifter unterliegen der gleichen Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind. — Diese Gefängnisvorlage kennzeichnet so recht die reaktionäre Strömung der Zeit. Die Vorlage geht sogar weit über das bisher schon in Preußen übliche hinaus, indem z. B. in Preußen wegen Anstiftung zur Arbeitseinstellung nur die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst mit Gefängnisstrafe bedroht werden, während man in Anhalt auch alle anderen Leute unter diesen Paragraphen stellen will.

Die Reaktion ist nun drauf und dran, die Vorherrsche auszubauen, die ihr durch die Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches zugeschlagen sind. Unsere Partei war es bekanntlich, die das Gesetzgebungrecht der Einzelstaaten auf dem Gebiet des Gewindewesens aufheben wollte. Unsere Anträge unterlagen aber dem brüderlichen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien. Und nun sollen die Arbeiter die Folgen dieser Gesetzgebung zu schmecken bekommen.

Aus dem Sanitätsbericht für die deutsche Marine geht hervor, daß die Gesundheitsverhältnisse während der Jahre 1895/96 und 1896/97 im Vergleich zu früher und zu anderen Marinen recht günstige gewesen sind. Dabei ist aber, so lesen wir in der „Wossischen Zeitung“, hervorzuheben, daß die auf den neu errichteten Schiffen eingeschifften Mannschaften an den durch das Vorleben besonders beeinflußten Krankheitsformen viel häufiger erkrankt sind als die auf den älteren Schiffen untergebrachten. Diese Thatsache wird darauf zurückgeführt, daß die neuen eisernen Schiffe mit ihren verhältnismäßig engen (Feuchten) Wohnräumen, ihrer hohen Temperatur in allen Männern, ihrer erschweren Ventilation und den ausgedehnten lärmenden maschinellen Einrichtungen einen für die Lebensbedingungen ungünstigeren Aufenthaltshof vorbieten als die alten Kreuzer, fregatten und Panzerschiffe, die in größerem, besser zu lüftenden Wohnräumen eine gleichmäßige, niedrige Temperatur aufweisen und nicht so zahlreiche Maschinenanlagen besitzen. Die Gesamtsterblichkeit in der Marine belief sich 1895/96 auf 104 (4,8 v. H. der Gesamtstärke) und 1896/97 auf 83 Todesfälle (2,9 v. H. der Gesamtstärke). Die häufigste Todesursache war die Tuberkulose mit 21 Fällen, dann folgen Lungen- und Brustfellentzündungen in 16 Fällen, Darmtyphus mit 8 Fällen, Herzleiden mit 6 Fällen. Durch Selbstmord endeten 15 Mann, von ihnen entfallen nur 4 auf Gemeine, die übrigen 11 dagegen auf Offiziere, Fahrmänner, Deckoffiziere und Unteroffiziere. Die Verlängerung gab einmal Trunkenheit, zweimal Furcht vor Strafe wegen Unterschlagung, zweimal ungünstige Liebe, zweimal Melancholie und einmal Niedrigkeit der Kapitulation. In 7 Fällen blieb das Motiv unangefüllt. Durch Unglücksfall gingen insgesamt 72 Mann zu Grunde und zwar 59 an Bord und 13 am Lande.

Und Grüber sprach. Abg. Grüber sprach im katholischen Volksverein zu München am Montag unter anderem über die Militärvorlage. Es ist schwer, für eine solche Vorlage eine Einigung im Centrum zu erzielen. Das kommt von der verschiedenen Lebensanschauung und Erziehung des Einzelnen. Es ist kein so großes Unglück, wenn hierin nicht immer Einigkeit besteht. Das Centrum habe zuletzt durchgesetzt, daß die 7000 Mann gestrichen würden, und die bleiben gestrichen. — Leider ist Herr Grüber nicht die ganze Centumsfraktion. Die Staatsmänner u. a. Lieber werden trotz Grüber die gestrichenen 7000 Mann zu gegebener Zeit bewilligen. Darauf ist gar nicht zu zweifeln.

Noch ein deutscher Friedensengel sündbarer Art. Mit Herrn v. Stengel, der als deutscher Abgeordneter zum Haager Kongreß geht, haben wir uns bereits gebührend beschäftigt. Aber auch sein Gefährte, der Prof. Born in Königsberg, ist nicht minder beschäftigt, die Haager Konferenz zum Gespött Europas zu machen. Die demokratische Münchener „Freie Presse“ widmet dem zweiten folgende Charakteristik:

„Professor Born, dem großen Publikum wohl in Erinnerung als Vertreter der preußischen Aussicht in der Ippeschen Frage und damals von Professor Max Seebold ergangen, ist einer der Führer der Konservativen in Königsberg, inmitten des östlichen Junkertums, wo doch sonst manchen nach westdeutschen Begriffen konservativen Männern die Lust zur Parteizugehörigkeit vergeht. Als Gelehrter, als Staats- und Volkerrechtslehrer, vertritt er unter anderem die Ansicht, daß völkerrechtliche Verträge nur eine moralische, keine Rechtsverbindung haben und keine völkerrechtliche Rechtsverpflichtung erzeugen, daß der Staat, infolge seiner Souveränität sich durch Vertrag überhaupt nicht mit juristischer Wirkung bekränzen kann. Damit ist der grösste Theil des Völkerrechts überhaupt fassiert! Daß es keinen ungeeigneten juristischen Beirat geben kann für eine Konferenz, die das Völkerrecht mehr entwischen, bindende Rechtsnormen aufstellen und überhaupt der weiteren Ausdehnung des Rechts über die Sphäre nationaler Souveränität hinzu dienen soll, ist ohne weiteres klar.“

Unter diesen Umständen lassen sich die Verhandlungen der Friedenskonferenz ziemlich zuverlässig voraussehen.

Von der Unbilligkeit im christlichen Staat. Das Disciplinarverfahren gegen den Gemeindevorsteher Schulze aus Nahmiz wurde Dienstag vom Oberverwaltungsgericht in nichtöffentlicher Sitzung beendet. Schulze hatte im Sommer 1896 an eine Frau Balm eine Wohnung vermietet. Das fränkische Haus befand sich außerhalb seines Amtsbezirks. Der Landrat des Kreises Bauch-Belzig, ein Herr von Stülpnagel, forderte damals den Gemeindevorsteher auf, Frau Balm binnen drei Tagen aus der Wohnung zu entfernen. Dies Verlangen wurde damit begründet, daß Frau Balm eine sozialdemokratische Agitatorin sei. Schulze erinnerte sich des biblischen Gebotes in Ebr. 13, 2 und erfüllte das Gebot des Landrats nicht, worauf v. Stülpnagel die Gründung des Disciplinarverfahrens und die vorläufige Dienstenthebung des Gemeinde-Vorstechers verfügte. Das Gericht erster Instanz erkannte demnächst auf Dienstenthebung des Herrn Schulze. Jetzt hat das Ober-Verwaltungsgericht diese Entscheidung in geheimer Sitzung bestätigt. — Solche Verhaftung hat uns in der Agitation wesentliche Dienste geleistet und wird uns auch ferner zu statthen kommen.

Die „Umschwärler“ an der Arbeit. Die Verwaltung der etwa 15 000 Mitglieder umfassenden allgemeinen Ortskassenkasse der Stadt Straßburg i. E. befindet sich seit Beginn des Jahres 1897 in den Händen der organisierten Arbeiterschaft, nachdem bei den damaligen Wahlen die von sozialistischer Seite aufgestellten Listen für die Wahl der Vertreter in der Generalversammlung auf der ganzen Linie siegreich geblieben waren. Vorliegender der Kasse ist seither der Schriftscheher Vereinigung, der von der sozialistischen Mehrheit der Vertreter-Versammlung in dieses Amt berufen wurde. Nunmehr liegt der erste Wirtschaftsbericht der neuen Verwaltung, das Geschäftsjahr 1898 umfassend, vor, und es ist für die organisierten Arbeiter allerorts von hohem Interesse, zu erfahren, in welcher Weise die bürgerliche Presse sich über die von unseren Parteigenossen in der Verwaltung des genannten großen Kasseninstituts entfaltete Thätigkeit auspricht. Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“, ein der Sozialdemokratie durchaus feindlich gegenüberstehendes Blatt, fasst ihr Urteil hierüber dahin zusammen:

Was sagen die Scharfmacher, die jede freie Regierung der Arbeiterschaft niederhalten und an deren Stelle die Bewundrung durch Polizei und Unternehmersucht sehen wollen, zu dieser Anerkennung der praktischen Thätigkeit der „Umschwärler“ aus geprägtem Mund?

Das Prinzip, der Daseinsnötheit bezw. den Arbeitern und Mitgliedern der Kasse abzulegen, ist erst mit dem jetzigen Vorstand in die Kasse eingezogen. Dabei zeigt eine Vergleichung der Wirtschaftsberichte von 1897 und 1898, daß der jetzige Vorstand selbst auch auf diesem Gebiete ein wichtiges Werk verrichtet. Aus dem jüngsten Bericht weht dem Leser ein Hauch des fortschrittenen Geistes entgegen, von dem sich der Vorstand in den zwei Jahren seiner Amtstätigkeit stets hat leisten lassen. Zusammenfassung oder andere Unzutrefflichkeiten, die hier und da vor zwei Jahren bestreitet wurden, sind nicht vorgekommen. Die Entwicklung der Kasse gelte vielmehr, daß in der Arbeiterschaft etliche Moraleigenschaften erhalten sind. Mit ganz besonderer Wärme müssen wir den Vorstand der Kasse, des Herrn Leichterling, danken. Er hat nicht nur mit Sachlichkeit den Punkt erkannt, wo die Reformfähigkeit einzusehen habe, sondern er hat auch alle die gewünschten Reformen ergriffen und mit unermüdlichem Eifer an ihrer Durchführung gearbeitet. Von dem glänzenden Stand der Kasse überzeugen uns nicht nur ihre hohen Leistungen, sondern vor allem auch ihre angeschauten finanziellen Verhältnisse. Die Kasse hat im Jahre 1898 einen so hohen Überschuss erzielt, wie es noch in letztem der früheren Jahre der Fall war. Das Gesetz schreibt vor, daß dem Reservefonds 10 p. C. der Beiträge zuzuführen sind; in Wirklichkeit konnten ihm im Jahre 1898 sogar 21 p. C. — 81 280 Mk. überreicht werden. Die Thatsache, daß die Straßburger Ortsräte anfangs bei so niedrigen Beiträgen so hohe Leistungen gewährt, und daß die Finanzen vor zwei Jahren recht schlecht standen, ließ bei der Aufsichtsbehörde die Besorgniß ankommen, es könne zu einer Katastrophe in der Kasse kommen. Sie legte dem neuen Vorstand deshalb eine Erhöhung der Beiträge resp. eine Herabsetzung der Leistungen nahe. Der Vorstand erschuf eine Mittelkasse, in Wirklichkeit konnten ihm im Jahre 1898 sogar 21 p. C. — 81 280 Mk. überreicht werden. Die Gefahr einer Vertragsabschöpfung ist damit beseitigt.“

Kleine politische Nachrichten. In der Reichstagskommission für die „lex Heinz“ wurde Donnerstag der von der Regierung vorgeschlagene § 181 b des Strafgesetzbuches in folgender nach den Autogenen Petoch (S.) und Henning (R.) abgeänderten Fassung angenommen: „Die Vorschriften der §§ 180 und 181 a finden keine Anwendung auf die Vermehrung von Wohnungen an Fremdenvertonen, welche gewöhnlich Unzucht treiben, sofern der Miethzins und die Vergütung für sonstige Leistungen das Maß des Gemeinnützlichen nicht überschreiten, oder eine gewohnheitsmäßige Vorschüttung damit verbunden ist.“ Gegen die Kartei stellen wir, wie sie im Entwurf der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz vorgesehen sind, hat sich der geschäftsfähige Ausschuss des Verbands der deutschen Versicherungssellschaften entschieden, der am 11. d. M. in Elberfeld tagte, ausgesprochen. Der Grund dieser Ablehnung liegt darin, daß die Rentenstellen späterhin auch für die Unfallversicherung Verwendung finden sollen, und da sei die Gefahr vorhanden, daß die Selbstverwaltung beeinträchtigt werde. Unter „Selbstverwaltung“ versteht die Unternehmer natürlich die partikulare, von Selbststurz distillierte Verwaltung. — In Apothekenkreisen beschäftigt man sich eifrig mit Vorwürfen, welche die Gelbbablung der Apothekenwerthe betreffen. Man kann daraus entnehmen, daß die reichsrechtliche Regelung des Apothekenwesens, welche nach dem bisherigen Verlauf der Vorarbeiten auf die laue Bank gesessen zu sein schien, doch nicht ganz aussichtslos ist. — Zur Vorstudie für die höchsten richterlichen Stellen scheint sich nach und nach das Bayreuther Landgericht anzubilden zu wollen. kaum ist der Landgericht-Direktor Wieromiuski unter so eigenartlichen Umständen in's Reichsgericht gekommen, so wird der Landgericht-Direktor zum Kammergerichtsrath ernannt. — Zur Koblenzer Duell-Affäre Döring-Müller wird öffentlich der kommandierende General des 8. Armeekorps, Erbprinz Friedrich von Baden, eine Erklärung, daß die Unschuld „Klop“, „Fießling“, von Lieutenant Döring dem Studenten Müller gegenüber er nach der thätzlichen Bekämpfung durch eine Ohrfeige gebracht worden sei. (Das ändert jedoch nichts an der Thatsache, daß Lieutenant Döring den erschossenen Studenten Müller zuerst tödlich belebt hat!) — In Bemburg (Galizien) zogen Beschäftigte in große Arbeit. — Der Landgericht-Direktor erkannte die Unschuld des Angeklagten.

Frankreich. Zu der Dreysusaffäre veröffentlichte der „Figaro“ den Schluß der Aussagen des Generals Gonse, ferner die Aussagen des Generals Sebert, des Unterleutnants der Infanterie Bruhère, des Hauptmanns Moch, des Majors Dacrot und einer Note des Generals Deloy. Gonse spricht sich über seine verschiedenen Zusammenkünfte

mit Bertulus aus und stellte einige materielle Freihümer in der Aussage Bertulus' fest; insbesondere will er keine Zusammensetzung mit Bertulus während des Fallesprozesses gehabt haben. Der General berichtet, daß, als Bertulus von Picquart sprach, er ihm sagte, Picquart hätte sich sein militärisches Bewußtsein bewahrt; es bliebe besser sein, statt ihn zu entlassen, ihn in Nichtaktivität zu versetzen, um zu verhindern, daß ein ägerliches Aussehen erreigt werde. Der General berichtete diese Worte dem Minister, der erwiderte: "Bertulus soll sich mit seinen Angelegenheiten beschäftigen und uns in Ruhe lassen!" Einige Tage später besuchte Bertulus Gonse in seinem Arbeitszimmer und kam auf Picquart zu sprechen. Gonse bemerkte hierbei: "Picquart sagte vor dem Schwurgericht bezüglich des Stücks 'Cette Canaille de D.' ungenau aus." Hierbei zeigte Gonse Bertulus eine Photographie des Originals des Stücks, um vorzuhören, daß Picquart unrecht hatte. Es sei wahr, daß er Bertulus diese Stelle sofort wieder entzog, weil sie geheim waren. Nach dem Holzgrosch kam Gonse zweimal mit Bertulus zusammen. Gonse leugnet formell, zu Bertulus geführt zu haben, die gegen Picquart zu ergreifende Disziplinarmaßnahme hingegen seiner Haltung vor dem Schwurgericht ab. Vermischlich der dramatischen Szene zwischen Henry und Bertulus sagte Gonse, daß Henry sehr ruhig und heiter war, als er von Bertulus zurechnete, und daß dieser die Szene nicht erwähnte. Der Präsident präzisiert die Daten der Zusammensetzung zwischen Henry und Bertulus; es gäbe deren drei. Gonse kennt nur zwei. Henry sprach ihm niemals von der ersten, während deren sich die tragische Szene abgespielt haben sollte. Gonse erläutert weiter, er habe diese Szene weder abzuleugnen noch zu bestätigen. Hätte Henry mir die Sache anvertraut, so wäre es meine Pflicht gewesen, die Militärbehörde davon zu benachrichtigen. Auf die Frage eines Kassationsrathes giebt Gonse Auskunft über den Oberst Cordier, die nicht die günstigste ist; Cordier sei nicht glaubwürdig, steis unordentlich und ein Trinker. General Scher, Major Ducrot und Moch sagen zu Gunsten Dreyfus' aus und erklären die Anführungen des Bordereaus für wenig richtig, sie könnten nicht von einem Artillerie-Offizier herrühren. Bruyere zahlt Estorazy bei den Übungen mit dem Geschütz 120 nicht.

Clemenceau schreibt in der "Aurore", General Moget weigere sich nunmehr, Picquart und Bertulus gegenseitig übergestellt zu werden.

Der Urtheilspruch des Kassationshofes dürfte sobald noch nicht zu erwarten sein. Das "Echo de Paris" will mit Bestimmtheit wissen, daß die vom Kassationshofe fast einstimmig für notwendig angesehene ergänzende Untersuchung noch vor Ablauf dieses Monats stattfinden werde. Die Kriminalkammer werde außer mit dem Mefurs Leblos' sich auch mit demjenigen Meinachs zu beschäftigen haben.

Der Generalstabchef der Marine Admiral Gourville bleibt, einer Aufforderung des Marineministers Bockroy und der übrigen Minister folge leidend, in seinem Amt.

Nussland.

Fabrikpolizei. Im Anschluß an den kürzlich von uns erwähnten Bericht des Moskauer Oberpolizei-Inspektor Trepow, der sich über die Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aussprach, wird die Mithilfung interessieren, daß auf Initiative der Ministerien des Innern, der Finanzen und des Ackerbaus eine besondere Polizei in's Leben gerufen worden ist zwecks Überwachung und Beaufsichtigung der Fabrik-, Bergwerke- und Landarbeiter. Die "Fabrikpolizei" besteht aus 160 Beamten, die mit besonderer Beobachtung der Industriegebiete über das Reich vertheilt werden sollen. Das Budget beträgt jährlich eine halbe Million Rubel; 50 000 Mark jährlich allein sind für Überwachungszwecke bestimmt, woraus hervorgeht, daß

Für den Inhalt der Zuschriften übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten auftreten, zu berücksichtigen und bei event. Streitigkeiten sich auf unser Blatt zu berufen.

Dauflagung.

Für die bewiesene Ehelinkame und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit, sowie für das bewiesene Wohlwollen aus der Zahlstelle der Lübecker Bürgers, auch für die in so reichem Maße empfangenen Polterabendsgeschenken sagen ihren innigsten Dank.

C. Wustrow und Frau.

Vogis für zwei Männer
Glockengießerstraße 16.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung
für Brautleute. Preis 160—180 Mark. Offerten unter J. B. an die Exped. d. W.

Gesucht ein guterhaltener Sitzwagen.
Angebote mit Preisangabe unter St. 9 an die Exped. d. W.

4 Zugjünger zu verkaufen
Nau, Josephinenstraße 2, Wilhelmshöhe.

Pflanz- und Kartoffeln
sehr billig.

Emil Hass, Mühlenstraße 67.

die Beamten ihren Wohnort häufig wechseln sollen. Die Unternehmer werden verpflichtet, den Beamten seine Wohnung, Licht und Heizung in ihren Räumen zur Verfügung zu stellen.

Tamoa.

Almes von Samoa. Der in San Francisco erscheinende "Deutsche Demoskop" veröffentlicht einen Brief von einem deutschen Beamten in Samoa; in demselben heißt es: "Kein Anhänger Mataoas ist gestorben. Admiral Raup hat das Kommando moment nicht vorher angekündigt; die Bevölkerung glaubte zuerst, es würde ein Solat gesetzt. Die Deutschen haben das Verhalten des Konsuls Mogie, nicht das Verhalten der Amerikaner. Der deutsche Kreuzer 'Hölle' nahm deutsche und ebenso amerikanische und englische Frauen und Kinder an Bord. Die Insassen der französischen Mission wurden in hohem Grade in Gefahr gebracht; ein junges Mädchen wurde verwundet. Admiral Raup verweigerte die Aufnahme an Bord der 'Philadelphia', da das Schiff kein Mädchen-institut sei". Die Mannschaften Teams wurden durch die Engländer verhindert, sich mit Mataoas zu vereinigen. Die Geschäfte wurden offen von den Anhängern Mataoas gepfündert. Die Engländer fürchteten sich, die Straßen zu betreten, während die Mataoas-Leute vor der Stadt waren. Am 24. März erklärte Mataoas dem Admiral Raup, er würde mit dem Kampfe aufhören, wenn die Weißen ihn in Ruhe ließen. Der Brief schließt, die einzige Abhilfe für die Witwen ist die Entsendung neuer Konsuln und Besitzhaber, welche in Übereinstimmung handeln.

Lübeck und Nachbargebiete.

14 April.

Den Fall „Schenderlein“, jene „Enttäuschungen“, die der aus der Partei ausgestoßene frühere Expedient unseres Kreisparteiblattes zur Beleuchtung seiner niedrigen Gesinnung verfocht hat, sucht das Amtsblatt zu vermeiden. Obwohl es scheinheilig behauptet, es pflege auf Ausplaudereien „abstrakt“ oder „hinausgeschlagen“ Sozialdemokraten kein besonderes Gewicht zu legen, verschwendet es an die Versprechungen der Schmähchrift einen Seitenstreifen. Ein Reichen, wie sehr es die Gegner unserer Partei wünscht, daß sie wegen der Zweckhaftigkeit des Menschen nicht wohl Gemeinschaft mit ihm machen dürfen. Wir haben keine Ursache zu bestreiten, daß auch in unserer Bewegung hier und da unlautere Charaktere eine Zeit lang ihr Wesen treiben, weil sie die Kunst der Verstellung zu üben und die unverwüstliche Unschuldigkeit der Arbeiter auszunutzen verstehen. Werden diese Leute in ihrem wahren Werthe erkannt, so wird ihnen, was ihnen gebührt. Sie pflegen dann auch gewöhnlich eiligest zu ihren wirklichen Gesinnungsgenossen, unseren Gegnern, überzugehen und nach Renegatenmanier deren Verläudungen zu verbreiten. Wenn das Amtsblatt etwas Gegenheiliges behauptet, wenn es glauben machen will, wir duldeten wissenschaftlich verkommen Elemente in Ehrenämtern der Partei, so verkündet es eine Unwahrheit, denn, obwohl aller pharisäischen Splitterrichterei abhold, ist gerade die sozialdemokratische Partei in dieser Hinsicht von einer Reinlichkeit, die anderen Parteien dringend anzusehnen wäre. Dem Schenderlein hat unsere Partei Gelegenheit gegeben, nach einer schweren Verfehlung im bürgerlichen Leben sich zu rehabilitieren, indem er bei ehrlicher Arbeit einen ehrlichen Charakter beweisen konnte. Er hat sich dieser ihm gebotenen Hilfe unwürdig gezeigt, — wollen die kleinen und großen Stämmen bis herab zum Adresshäusler ihm jetzt in ihrer Schutztruppe einen Platz anweisen — nun, wir überlassen Ihnen den Mann.

Die Handelskammer hat nunmehr die Petition der Hafenkommission der Hafenarbeiter wegen

Vereinigung von Hallen und Wällen, wo sich die nicht der Korporation angehörigen Hafenarbeiter in den Hallen u. s. w. aufzuhalten könnten, abgewiesen. Dagegen hat sie beschlossen, der Hafenkommission zu empfehlen, sie möge an das Polizeiamt befußt Überlassung des Platzes gegenüber dem Schuppen 19 wenden, die Handelskammer würde ein dahingehendes Gesuch beim Polizeiamt unterstützen.

Wieder Einer! In Holt gestorben ein Wackerlnacht, weil er seinem Prinzip Gelder unterschlagen haben soll.

Kiel. Wegen Todtschlag wurde der Arbeiter Engel zu 6 Jahren Knasthaus verurteilt. Er habe seine Frau durch Werken mit einer brennenden Petroleumlampe in Flammen gesetzt und ihren Tod verursacht.

Unsere Staatsanleihe von 14 Millionen ist fast doppelt überzeichnet worden.

Wolster, Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen weiter die Rücktritt.

Zum Curator für den geistekrank erklärten Weinbäckler P. E. Schmidt wurde der Möbelfabrikant J. D. Krohn bestellt.

Übersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat März 1899. Geboren sind 203 Kinder, davon 101 männlichen, 102 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 3 Knaben, 5 Mädchen. Gestorben sind 64 Personen männlichen, 78 weiblichen Geschlechts, in Summe 142. Demnach Überzahl an Geburten 37 resp. 24, insgesamt 61. Auf 1000 Einwohner waren 31,92 Geburten, 22,88 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 41, von 1—5 Jahren 11, bis zu 10 Jahren: 3, bis zu 15: 9, bis zu 20: 2, bis zu 30: 12, bis zu 40: 6, bis zu 50: 8, bis zu 60: 12, bis zu 70: 17, bis zu 80: 19, bis zu 90: 7, über 90 Jahre: 2. Die Todesursache war Diphtherie in 7, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 13, Lungentuberkulose in 9, entzündliche Krankheiten der Atmungsorgane in 25, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Nephritis der Kinder in 7, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 9, angeborene Leberschwäche in 7, Altersschwäche in 3, Unglücksfall in 1, Selbstmord in 2, Herzleid in 4, Krämpfe in 4, Nierenstein in 1, Wasserflucht in 0, Schlaganfall in 3, Throphus in 0, Wassern in 0, Schätzleid in 0, sonstige Krankheiten in 22, unbekannt in 11 Fällen. Von den Gestorbenen entstiegen auf die Stadt 70, Vorstadt St. Jürgen 17, St. Lorenz 31, St. Gertrud 9, die Kraulenaustadt 15.

Hamburg. Am 2. Biehungstage der 6. Klasse der 815. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Mr. 46087 mit 75000 Mr. Nr. 117801 mit 8000 Mr. Nr. 95096 mit 2000 Mr. Nr. 30261 mit 1000 Mr. Nr. 9716 16058 47268 61828 mit je 300 Mr. Nr. 2834 5429 15252 27257 44286 61428 73057 75654 82183 88431 84618 84971 88182 88344 84968 111674 116818 mit je 200 Mr. (Ohne Gewähr.)

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

Auwohner der Schuppen- und Hansastrasse. In der Hühnerfache wird ein Eingeland nichts frischen. Unständige und verträgliche Leute werden ihr Gedervi so einsperren, daß es kein Unheil in den Gärten der Nachbarn entrichten, "kleine Dunghaußen in die Steige legen", Kohl und Suppenraupen vertilgen kann u. s. w. Beachtet aber ein Mensch dieses selbstverständliche Gebot des Auslandes nicht, so muß der Geschädigte eben die Gerichte anrufen, damit diese ihm klarmachen, was seine Pflicht als gesetzter Staatsbürger ist. Wir erachten den Besitzer von Hühnern für erschärflich für den Schaden, den das Vieh anrichtet, weil es durch Verhülfen des Eigentümers nicht genügend abgeschlossen war.

Quittung.

Für die Kresele der Weber gingen ferner ein:

A. V. B. vergn. Nichtschmaus Mr. 9.—

Mit den bereits quittierten 410,80

Summa Mr. 419,80

Weitere Gaben nimmt gern entgegen

Expedition des "Lübecker Volksbote."

Johannisstraße Nr. 50.

Sternschanz-Wieckmarkt.

Hamburg, 13. April.

Der Schweinehandel verließ stau. Begleitet wurden 1220 Stück. Preise: Versandswalze, schwere 45—47 Mr., leichte 46—47 Mr., Saue 42—44 Mr. und Herkel 44—46 Mr. pr. 100 Pfld.

Fertige Herren-Garderobe
in sauberster Verarbeitung und elegantem Stil, zum größten Theil in eigener Werkstatt angefertigt, sowie Jünglings- und Knaben-Anzüge und Paletots empfohlen billigst.

Johs. Klempau,
Mühlenstr. 32.
Ecke Kapitelstraße.

Blumen

und Gemüsesamen
Pflanz-Kartoffeln
empfohlen.

Wilh. Vollert

Gronsforder Allee 42.

Niederlagen und Verkauf bei den Herren:
A. Vietz, Wildergrube 45, B. Blöss, Gr. Burgstraße 87, H. Sack, Hansstraße 84a, J. Wulf, Dornestraße 10, A. Grabner, Königstraße 62, und in der Markthalle.

Colonial- u. Fettwaren-, Tabak- und Cigarren-Kandlung

auf's Beste.

Friedrich Nehlsen, Rosenstr. 21.

Pa. hiesiges Schweinef. Pfld. 55 Pfsg.
" Kalbfleisch Pfld. 35 Pfsg.
" hiesige Flohmen Pfld. 60 Pfsg.
" fetten und magern Speck Pfund 70 Pfsg.
" Queenfleisch Pfld. 50 Pfsg.
" gelöste Wurst Pfld. 60 Pfsg.
" geräucherte Wurst Pfld. 70 Pfsg.
empfohlen

W. Strohfeldt
Glockengießerstraße 73.

Prima dänisches Rindfleisch wird heute und morgen Königstraße 121 und Markthallenstand 25 billig ausverkauft.

L. Petersen.

Prima Salzgurken
Stück 5 und 8 Pfsg.

Gr. Gröpelgrube 55. G. Ramann.

Empfehlung:
Prima frisches dänisches Rindfleisch, sow. hiesiges Schweine-, Hammel-, u. Kalbfleisch

Sonntags Morgen und Abend in der Markthalle, Stand 84 und 85.

F. Block.

Prima Magnum bonum, Fass 40 Pfsg.

fachweise billigt.

w. Westfeling. Engelsgrube 80.

Lübecker Loose
I. Klasse
Biehung 20. April.
1/2 à Mr. 4.—, 1/4 à Mr. 2.—,
1/8 à Mr. 1.—
offenbart und versendet auch nach auswärts

Paul Würzburg

Markt 14. Lübeck.

Lindner's Hotel, Schwartau.
Am Sonntag den 16. April:

Große Tanz-Musik

wozu ergebnst einlabet

H. Lindner.

Mai-Fest 1899

Montag den 1. Mai:

Morgens 9 Uhr: Versammlung im Reuterhaus, eingeleitet durch Musik- u. Gesangsvorträge, Referent: Redakteur Otto Stolten-Hamburg. Nachmittags: Ausflug sämtlicher Gewerkschaften und Vereine mit Fahnen und Bannern und unter Begleitung von 4 Musikkapellen nach Israelsdorf. Aufstellung der verschiedenen Gewerkschaften und Vereine von Nachmittags 1—2 Uhr auf dem Burgfeld. Abmarsch von dort präzise 2 Uhr nach dem Locale des Herrn Muß in Israelsdorf. Nach Ankunft dorthin: Ansprache des Genossen Theod. Schwartz. Musik- u. Gesangsvorträge. Hierauf: Concert auf dem Festplatze bis 7½ Uhr Abends. Rückmarsch um 8 Uhr mit Musik nach dem Burgfelde, woselbst Auflösung des Zuges.

Gewerkschaften und Vereine, welche sich am Ausfluge betheiligen wollen, werden ersucht, dies spätestens bis zum 22. April dem Genossen Stolle, Johannisstraße 50, mitzutheilen. Gewerkschaften, die noch keine Karten zum Vertrieb übernommen haben, werden ersucht, solche baldigst vom Genossen Gust. Kähler zu entnehmen. Außerdem sind noch Karten à 20 Pf. zu haben bei A. Stolle, Johannisstraße 50; C. Wittfoot, Hüxstraße 18; G. Kähler, Böttcherstraße 18; W. Menschel, Untertrave 53; G. Meyer, Klappenstraße 24a, F. Lecke, Lederstraße 3, und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstraße 50.

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Um recht rege Beteiligung ersucht

Das Comitee.

Billiger als jede Konkurrenz!

zu sein, ist unser eifrigstes Bestreben.

Nach beendeter Lager-Ausfuhr haben wir in allen Abtheilungen unseres gesamten Waaren-Lagers noch

ganz bedeutende Preisermäßigungen

entreten lassen und verkaufen unsere aus mir guten, im Tragen sich

vorzüglich bewährenden Stoffen verfertigten

Herren- und Knaben-Garderoben

zu nachstehend verzeichneten

konkurrenzlos billigen Preisen!

herren-Sommer-Paleots in selber Machart, jetzt nur 11, 7½ u. 5½ Mt.
herren-Sommer-Paleots, prima Qualitäten, jetzt nur 15, 13½ u. 12½ Mt.
Jacett-Anzüge, neueste Facon, jetzt nur 11, 9½, 8 und 6½ Mt.
Jacett-Anzüge, prima Qualitäten, jetzt nur 22, 18, 16 und 13½ Mark.
Mod-Anzüge, hochfeine Ausführungen, jetzt nur 24, 20, 18½ u. 14½ Mt.
Einzelne Jackets in diversen Stoffen, jetzt nur 4½, 3, 2 und 1 Mark.
Junglings-Anzüge in grosser Auswahl, jetzt nur 9½, 8, 5½, 4 u. 3½ Mt.
Knaben-Anzüge, hoch. Macharten, jetzt nur 5½, 4, 3½, 2½ u. 1½ Mt.
herren-hosen, prima Stoffe, jetzt nur 6½, 5, 4, 3½, 3, 2½ u. 1½ Mt.
Sämtliche Arbeiter-Garderoben enorm billig!

Gebr. Bandsburger

Villigste und anerkannt reelle Einkaufsstelle Lübecks
(nur allein Holstenstraße 10)
für elegante Herren- und Knaben-Garderoben.

Vorzügliche Caffee's von 0,80 bis 1,60 Mt. empfiehlt Gustav Glöde

Karpfstr. 26, Ecke Leichstr.

ff. Berger Heringe

ff. Anchovis

Ia. Magdeb. Salzgurken

ff. Tilsiter Käse

ff. Holsteiner Butterkäse

en gros & en detail bei

H.L.Wiegels, Vorm. J.C.Bunge,

Fischergrube 61.

Fernsprecher No. 217.

Nach neuester Methode
geröstete Caffee's

per Pf. 80, 100, 120, 140 und 160 Pf.
alle Sorten
hervorragend im Geschmack
empfiehlt stets frisch

Ferd. Schreiber

20 Langer Lohberg 20.

Wegen Großfeuer

im Hause Fleischstraße 21 bin ich gezwungen, meine
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt

von dort nach Fleischhauerstraße 26 zu verlegen.
Räder sind bei dem Brande nicht beschädigt, da ich dieselben zu rechter Zeit in
Sicherheit bringen konnte. Hochachtungsvoll
Fr. Busse, Fahrrad-Reparatur-Werkstatt
26 Fleischhauerstraße 26.

Zapeten. Carl Grube

obere Johannisstraße 1
in der Commerzbank.

Vollsaftigen Schweizerkäse 60, 70 u. 80 Pf.

Holländischen Käse 80—100 Pf.

Tilsiter Käse 40, 50, 60 und 80 Pf.

Echter Limburger Stück 35, 50 und 70 Pf.

Butterhandlung „Zur Krone“

Markt 9. Breitestraße 70.

Die beste Meiereibutter à Pf. nur 100-105
die beste Hofbutter à Pfund nur 90—95 Pf.
empfiehlt

Carl Ohlert, Königstraße 128.

TIVOLI.

Sonntag den 16. April 1899:

Große Ensemble-Gastspiel-Vorstellung.

Zum ersten Male:

lustige Fahrten

oder

Ein moderner Casanova.

Bosse in 8 Abtheilungen.

Vorher:

Er muß taub sein.

Schwanz in einem Aufzug nach Moinalz.

Ausführliches Programm an der Kasse.

Preise der Plätze:

Loge Mt. 1,20, Parquet (nummerirt) 75 Pf.

1. Platz 60 Pf., Parterre 50 Pf., Balkon 40 Pf.

Billetverkauf im „Tivoli“ Sonntag Morgen

von 11 Uhr an.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Das Comitee.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 88.

Sonntag den 15 April 1899.

6 Jahrzehnt.

Holbach über Justiz und Gerechtigkeit.

(Aus den alten Agitationstheeten der Bourgeoisie.)

Man wird sich erst des gewaltigen politischen und kulturellen Rückgangs, welchen die Bourgeoisie durchgemacht hat, in vollem Maße bewusst, wenn man in den Schriften der Aufklärung philosophen, jener geistigen Kämpfer und Führer der revolutionären Bourgeoisie nachblättert. Erstaunt fragt man sich, wenn man den klugen Gedankens, die entzückende, eindringende und klare Sprache jener Zeit gewahr wird; ist es denn möglich, daß das Alles so vollkommen vergessen sein sollte? Und weil das ein Ding der Unmöglichkeit ist, da die gesammte menschliche Geschichte stets im Endergebnis eine fortwährende geistige Entwicklung aufweist, so kann man nicht unthun, aus diesem geistigen Rückfall auf den Verfall der Kultur zu schließen, die damals die Trägerin seiner Ideen war, und findet darin einen neuen Beweis für die Ziegelsversicht der unter mythen Augen hinauslaufenden Klasse des Proletariats. Die Anerkennungen von Holbach, die wir heute unseren Freunden vorführen, beziehen sich auf ein anderes politisches System, als jenes ist, welches gegenwärtig herrscht: sie haben zu ihrem Ausgangspunkt den Absolutismus. Die Analogien, die sie nichtsdestoweniger mit den Zuständen, wie sie heutzutage in manchen Staaten herrschen, bieten, sind nicht schwer aufzustellen. Man höre Holbach:

"Es ist eine abscheuliche Maxime, eingeführt durch die verblendete Politik, die den Herrschern einredet, daß die Autokratie niemals zu richten darf. Diesem Prinzip folge wird die gerechte Einsprache von Seite des Schwachen als eine strafbare Gewegeheit behandelt: man ist stets über die Unzähligkeit eines Unglücklichen erstaunt, der dem Bosse zu widerstehen wagt, das dem ein Mächtiger als er aufzufügen will. Unter einer despatischen Regierung hat das Volk immer Unrecht; seine Vorstellungen werden als Empörungen angesehen, seine Klagen werden aufrührerisch bestraft. . . . Die Gerechtigkeit hat bei weide in jedem Lande zwei Wägen: die eine dient dazu, um die Rechte der Großen die andere, um die der Armen zu wägen. Den Bürgern Gerechtigkeit willfahren lassen, das nennt man, ihnen eine Gnade erweisen. . . . Nichts leichter als Rechte schaffen, wenn man der Starke ist. Nichts schwieriger als gegen diese Gesetze Einsprache zu erheben, wenn man der Schwäche ist."

"Die Härte der Steuern, die Chikanierungen und Härten seitens der Reichen und der Großen machen Ungleichheit wuchern, welche das Elend oft zur Verzweiflung führt und sie dem Verbrechen überläßt. . . . Wenn Unberufen die Mutter der Elster ist, so ist die Noth die Mutter der Verbrechen. Sobald der Staat schlecht regiert wird, sobald Meichthümer und Wohlstand zu ungleich verteilt sind, der art, daß Millionen von Menschen das Nothwendige entbehren, während eine kleine Zahl von Bürgern in Überfluss strögt, dann sieht man in diesem Staat gewöhnlich viele Missethäter, und die Rüchtigungen werden keineswegs die Zahl der Straffälle vermindern. . . . Der Staat errichtet Galgen für die Armen, während er selber es ist, der, indem er Elende schafft, Diebe, Mörder, Missethäter aller Art erzeugt. . . . Eine ungerechte Regierung weßt die Menschen nicht zu verwenden, sie macht nur Bettler daraus, Landstreicher, Missethäter; sie denkt nur daran, einige begünstigte Bürger auf Kosten der Anderen zu bereichern; sie entmündigt den Fleiß durch erdrückende Steuern; sie macht die Fruchtbarkeit des Bodens unnütz, weit davon entfernt, neue Bewohner anzuziehen, zwingt sie vielmehr zu fortwährenden Auswanderungen."

"Der Mensch, welcher in einem Staat nichts hat, hängt durch keinerlei Bande an der Gesellschaft. . . . Wie

soll man Menschen die Gesetze respektieren lehren, wenn sie die Erfahrung machen, daß diese Gesetze nur gegen sie allein so streng, gegen die Großen und Glücklichen der Erde so nachsichtig und nur gegen die Unglücklichen und Armen so unerbittlich sind?"

"Was zu welchem Grade müssen sich nicht die Zweien von Recht und Unrecht in dem Geiste eines Volkes verwirren, das nur Expressen, Steuern, Chikanierungen, Räubereien sieht, die im Einverständniß oder sogar auf Befehl der Regierung ausgeübt werden?" Welche Begriffe wird sich ein Volk von der Gerechtigkeit machen, welches seine Gebiete der Raubgier einer Armee von Händlern ausliefern, welche sich rechtlich und gesetzlich von dem Markt der Armen mieten? . . . Was wird es endlich sein, wenn privilegierte Expressen, Leuteschinder, Unterdrücker nicht nur nicht verachtet werden, sondern offen ein Metier, das man als ehrenvoll betrachtet, ausüben und als die Grundpfeiler des Staates gelten?"

Die Wirkung der harten Strafen ist die, das Volk zu Buntien der Unglücklichen, über die sie verhängt wurden, zu interessieren; man vergiftet ihr Verbrechen, weil man ihr Schicksal betrübt."

Diese Sätze sind in Holbach's "Systeme sozial" enthalten, das im Jahre 1773 erschien war, 15 Jahre vor der französischen Revolution und 126 vor dem Vobton der Urtheit.

Soziales und Parteileben.

Lohnbewegungen. Der Maurerstreit ist in Aueich auf Grund einer Verständigung mit den Meistern beendet. Der Streit in der Lederwarenfabrik von Leonhard Kost in Nürnberg (Inhaber H. Seeger) ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet. In der Waggonfabrik in Weimar haben die Schmiede die Arbeit niedergelegt. Sie fordern den 10 stündigen Arbeitstag. In Göthen i. A. ist ein allgemeiner Maurerstreit ausbrochen. In Hohenstein. M. streiten sämtliche Maurer, Bimmeier und Schlossbauer, ca. 500 M. Sie verlangen Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundlohnes. In Budweis (Böhmen) befinden sich zweitausend Bau- und Ziegelarbeiter im Ausstand. Ein großer Ausstand der Ziegelarbeiter steht in Brüssel bevor. Wenn die Arbeitgeber nicht nachgeben, werden die Arbeiter noch in diese Woche in eine Lohnbewegung eintreten. Dreitausend Grubenarbeiter in Saarburg sind in den Ausstand getreten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich der Ausstand auf den ganzen Lützower Grubenbezirk ausdehnt.

Unter den Textilarbeitern Sachsen soll der "Alz-Zeitung" zufolge in der nächsten Zeit eine umfangreiche Agitation zur Herbeiführung des 10 stündigen Arbeitstages in allen Textilfabriken in Szene gesetzt werden. Für mehrere Fabrikplätze sind diesbezügliche Versammlungen bereits angelegt. Eine gleiche Agitation wird auch in der thüringischen Textilindustrie angebahnt.

Eine Statistik der Personale und Arbeitsverhältnisse in den Buchdruckereien Deutschlands, die am 10. Dezember 1898 vom Verband deutscher Buchdrucker aufgenommen, veröffentlicht der "Correspondent für Deutschlands Buchdrucker u. Schriftgießer." Danach arbeiten in 3826 Betrieben (gegen die Statistik von 1894 weniger 326) 35 870 Gehülfen, von denen 21 217 Verbandsmitglieder (gegen 1894 mehr 6700), 14 653 Nicht-Verbandsmitglieder (gegen 1894 mehr 189) sind. Dorsmäßig entlohnt werden von diesen 35 870 Gehülfen 30 833 (gegen 1894 mehr 4897), untarifmäßig entlohnt 5037 Gehülfen (gegen 1894 weniger 1126 Gehülfen). — Arbeitszeit: 27 119 Gehülfen in 1930 Betrieben haben tarifmäßige, 8751

"Ich bin in der That ein wenig angegriffen," erwiderte Lorenzen mit einem schwachen Lächeln.

"Sie sind stark," sagte der Staatsrat. "Was ist es? Behandelt man Sie hart? Sie müssen Bewegung haben. Es ist auf keinen Fall der Wille der Regierung, Ihnen Freiheiten zu entziehen."

"Man behandelt mich mild," antwortete der Gefangene, "aber Sie wissen, Excellenz, es gibt Leiden, die weder Milde noch Strenge hellen können."

"Ich verstehe," sprach Hammerstein, "Sie sind in Ihren Erwartungen und Hoffnungen getäuscht, in eine Krankheit gefallen, die man mit dem lächerlichen Namen Weltfahnenfieber getauft hat, der aber durchaus passend ist. Sie großen mit Menschen und Menschheit, beide kommen Ihnen verächtlich vor."

Lorenzen blickte finster vor sich nieder. — "Folgen Sie dieser Erkenntnis der Dinge," rief der alte Herr und er lehnte sich zurück in den Stuhl, indem er seine Finger um die goldene Rose wand, "verachten Sie das Gefindel nach Herzenslust, es ist wahrhaftig nichts Besseres wert, aber — seien Sie kein Thor und nehmen Sie es etwa sich zu Herzen. Ich habe Ihnen alles vorher gefragt, Freund, Sie haben mir nicht glauben wollen, und doch wird diese harte Kur gut für Sie sein, wenn sie zur Heilung Ihrer Selbsttäuschung führt."

"Sie nennen Selbsttäuschung," fiel Lorenzen mit einer unmutigen Bewegung ein, "was ich die Folge der tiefen Vernechtung nenne, in welche der zügellose Despotismus der Fürsten und ihrer Genossen ganze Völker gefürzt hat."

"Bah!" erwiderte Hammerstein, "ich gebe nichts auf solche Deklamationen. Denken Sie ohne Leidenschaft, Lorenzen. Wen klagen Sie an? Am bittersten Ihre gerührte Kunst, Ihre profanierte Göttlichkeit. Wenn etwas daran wäre, würden die Völker anders sein, würden sie weder von despotischen Fürsten noch von den Genossen dahin gebracht werden können, einen nichtsmitigen, feigen, feilen,

Gehülfen in 1894 Betrieben untarifmäßige über effektiv neunstündige Arbeitszeit. Lehrlinge: Ausgelernt haben im laufenden Jahre 1894 Lehrlinge (106 weniger als 1893) eingestellt sind im laufenden Jahre 2390 Lehrlinge, was 1892 Lehrlehrlinge (294 weniger als 1894) und 1893 Lehrlehrlinge (26 mehr als 1894). Insgesamt sind 10 560 Lehrlinge vorhanden und zwar 8180 Lehrlehrlinge (2064 weniger als 1894) und 2371 Druckerlehrlinge (16 weniger als 1894). Über die tarifmäßig zulässige Lehrlingszahl hinaus waren beschäftigt 1914 Lehrer und 413 Druckerlehrlinge.

Die Wahlbeteiligung an der sächsischen Landtagswahl haben unsere Leipziger Parteigenossen beschlossen. Sie sehen sich dadurch in Widerspruch mit dem Beschuß der Landesversammlung, die mit erheblicher Majorität Wahlbeteiligung beschlossen hatte.

In Kopenhagener Arbeiterkreisen gähren unbekanntlich bürgerliche Blätter zu melden. Diese Nachricht verräth wieder, mit welcher Westfalenlichkeit die richtigen Beschlüsse der Arbeiterorganisationen missdeutet werden. Allerdings finden zur Zeit in Kopenhagen ungewöhnlich viele Arbeitsniederlegungen statt; aber sie gehen in ordnungs- und gesetzmäßiger Weise und ganz ruhig unbeständig. Leider sind die Arbeitergewerbe und die Organisation vor sich. Die größere Zahl Streiks hat darin ihren Hauptgrund, daß die Meisterverbände neuerdings selbst bei den notwendigsten Forderungen der Arbeiter es auf die Kraftprobe ankommen lassen. Es streiken u. A. zur Zeit: 389 Hollbodenarbeiter, nachdem vierwochentliche Unterhandlungen vor ausgegangen sind. Es handelt sich um eine Lohnmehrforderung von 50 Pfere pro Tag. Ferner streiken die Schuhmacher, erstmals wegen einer Lohndifferenz, dann aber auch, weil sie die Abschaffung der Heimarbeit fordern und verlangen, daß die Meister Werkstätten einrichten. Wir berechtigt die Forderungen der Gesellen sind, beweist am besten, daß 84 Meister bereits unterschrieben haben. Ferner haben 110 Gesellen der Dampfmühlen thätig sind. Die übrigen Meister haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, nämlich 24 Kronen Wochenlohn und 50 Pfere für Überstunden. Ferner mussten hundert Schneider in Provinzstädten die Arbeit niedergelegen, weil ein Theil der Meister nicht den zwischen der Gesellenorganisation und den Meisterverbänden für Jüttland, Kühlung und die Inselgemeinden vereinbarten neuen Preislourant mit etwa 20 Prozent Lohn erhöhung anerkennen wollten. Der Streit der Helsingører Eisenbaubarbeiter ist durch Vergleich beendet. Die Arbeiter erlangten Lohnzulage pro Stunde von 3-7 Pfere, je nach der Arbeit, die Männer um 8 Pfere (von 32 auf 40 die Stunde).

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. April weiter. Schneemassen werden aus dem Schwarzwald gemeldet, wie sie den ganzen Winter hindurch nicht zu sehen waren. In Leipzig herrsche Mittwoch früh starker Schneefall. Auch aus Erfurt wird dichter Schneefall gemeldet. In Kiel ist ebenfalls Schneefall eingetreten. In Trient erfolgte in der Nacht zum Mittwoch ein Weitersturz mit Gewitter und starkem Schneefall. Die Umgebung Trients bietet ein vollständig winterliches Bild dar. In den Ardennen schneite es tüchtig; überall ist der Boden mehr als 10 Centimeter hoch mit Schnee bedeckt. Dabei eisiger Wind und Nachtsrost. — Der 15jährige Sohn des Gutsbesitzers Möchel in Werneck (Wogtal) hat aus Boswiligkeit das Gut seines Vaters in Brand gesteckt. Fünf Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit reichen Vorräthen sind bei dem herrschenden festigen Winde ein Raub der Flammen geworden; außerdem sind die sämtlichen Ackergerätschaften und landwirtschaftlichen

erbarmungslos dummen und gemeinen Häusen von Wesen zu bilden, die sich gegenseitig bestehlen, berauben und morden. Der Narr, der Börne, hat ein sehr wahres Wort gefagt: Wenn die Völker besser wären, würden die Fürsten besser sein! Aber darin liegt es. Die Völker sind nicht besser, und jedenfalls sind das die größten Thoren, die da meinen, sie könnten die Besserung bewirken."

"Sie haben mir die Ehre Ihres Besuches nochmals zugewandt," sagte Lorenzen.

"Und jedenfalls nicht, um Sie zu ärgern oder gar zu verhöhnen," sprach Hammerstein. "Ich kam zum erstenmale, um Sie auf Ihre Verurtheilung vorzubereiten und Ihnen Trost zu geben. Sie haben mich damals nicht zum Wiederkommen eingeladen. Jetzt bin ich hier, um zu sehen, was ich für Sie thun kann, meinte aber nicht, Sie so gebeugt zu finden."

"Gebengt?" wiederholte Lorenzen, sich aufrichtend. "Sie irren, Herr Staatsrat. Ich habe weder den Glauben an die Zukunft meines Volkes, noch an die aller Unterdrückten verloren."

"Recht!" rief der Baron lächelnd, "glauben Sie daran, ich thue es auch, aber seien Sie ungläublich für die Gegenwart. Sehen Sie," fuhr er fort, "da ist ein Zeitungsbatt aus Kopenhagen, ich will Sie damit beruhigen. Björning ist von zäherem Stoff, wie Sie, aber er hat auch andere Aussichten. Er ist ebenfalls verurtheilt worden, hat sechs Monate im Gefängnis gelebt, hat fünfhundert Thaler Strafe gezahlt, ist unter Zensur gestellt auf zehn Jahre; trotz dessen ist er voller Mut und Zuversicht. Die dänischen Liberalen haben das Geld für ihn zusammengebracht; wie er als dem Gefängnis kam, wurde ihm ein Gastmahl gegeben, reiche Kaufleute und Privatmänner sorgten sogleich für einen Fahrgehalt. Was er jetzt schreibt, wird von Freunden unterzeichnet, die sich zu der Ehre drängen, ihre Namen für ihn einzusezen. Die Regierung hat somit geglaubt, ihn nicht von seiner Professur entfernen zu dürfen; ich selbst habe dagegen gestimmt."

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(46. Fortsetzung.)

Der Born in seinem Herzen machte dem Gefühl der Schande Platz, und diese wich dem nagenden Kummer über die Wirklichkeit der Zustände, an die er nicht geglaubt hatte. Eine ganze Woche war vergangen, seit er das Urtheil empfangen, Stimmen erhoben sich für ihn, die seine Richter angegriffen und sein Schicksal ein unverdientes und ungerechtes nannten; aber es waren schlichte, leise Stimmen, Stimmen in der Wiese, die nicht laut zu rufen wagten, um die schlafenden Wölfe nicht zu wecken. Die Censur erlaubte eben nicht mehr, und nach einigen schwachherzigen Plagen und Seufzern verstummte der Ton vollständig, denn die Censoren hatten Befehl erhalten, nichts mehr durchzulassen, was den obersten Gerichtshof beleidigen könnte.

Die Bauern in ihren Höfen dachten dann wohl noch einige Zeit an den stolzen, klugen Vogt, der so mächtig zu reden wußte; der Arbeiter in den Städten hatte mit der täglichen Noth zu kämpfen; der Kaufmann handelte weiter wie vorher, die materiellen Interessen hatten viel gelitten; die Junker und Ritter freuten sich über die Gerechtigkeit gegen die Büßler und Aufwiegler; die klugen Leute schüttelten den Kopf und nannten es wenigstens unbesonnen von dem allzuheftigen Manne, und nur eine kleine Zahl bewährter Freunde blieben in Liebe und Treue ihm zugethan; sie fühlten seine Noth und Schmach mit ihm.

Nach einiger Zeit kam der Staatsrat Hammerstein wiederum nach Rendsburg und besuchte Lorenzen, aber er sahen aufrecht erschrocken und theilnehmend zu sein, als er ihm ins Gesicht blickte.

"Wie! Lorenzen," sagte er, "ich habe Sie wahrlich für einen größeren Philosophen, ich habe Sie für einen Stolzen gehalten, der es mit Antoninus Pius aufnehmen könnte, und wie sehen Sie aus!"

Moschinen vernichtet. Der jugendliche Brandstifter wurde verhaftet. — Im unteren Sieggebiet herrscht, wie aus Köln gemeldet wird, Hochwasser. Die Sieg überflutet weitte Strecken. Auch aus dem oberen Ruhrgebiet kommende Meldungen besagen, daß die Ruhr bedenklich im Hochstand begriffen ist und bereits die Niederrungen überschwemmt. — Von der Liebe zur Natur. Bis Montag schließen noch eine ganze Anzahl der während der Osterferien verurlaubten Soldaten der Garnison Koblenz. Bei einem Regimente fehlen 12 Mann; fortwährend erfolgen Nachfragen besorgter Väter nach ihren Söhnen und umgekehrt lassen die betreffenden Truppenhelle die Österreichsäuber suchen. — Kompieten Stock stützte sich Montag Nacht in Mainz das bei dem Wirth Muß im Kappelhof beschäftigte Dienstmadchen in den Hafen Muß aus Metternheim herab auf die Straße; sie blieb lebensgefährlich verletzt mit gerissneten Gliedern liegen. Das Mädchen glaubte sich von dem Wirth verfolgt, als dieser bei ihr Eintritt begehrte. Der Wirth wurde in Haft genommen. —

Die erste Leiche der Mäherin Agnes Anna wurde im Walde bei Polnica (Wohmen) am Sonntagnachmittag gefunden. In Polnica und Umgebung verbreitete sich ein Gericht, welches die Juden mit der Mordthilfe in Verbindung brachte; es machte sich deshalb eine bedenkliche Sähung geltend, und es wurden umfassende Vorlehrungen getroffen, um etwaigen Ausbrechungen vorzubereiten. Als mutmaßlicher Mörder ist der kraeltische Schuhmacher Silsner verhaftet worden. In der Pfarrkirche zu Weesow in Galizien feierte am Sonntag der 31 Jahre alte Pastor Bauer das Hochamt. Während der Predigt, die ein anderer Geistlicher hielt, schrie Bauer plötzlich mit lauter Stimme nach der Kanzel zu: "Schweig Du Schurke, es ist nun genug." Dann brüllte der wahnsinnig gewordene Priester die Menge an und rief: "Ihr Schurke, scheert Euch alle hinunter, was wollt Ihr hier?" Der gesetzlose Priester wurde einer Arrestanstalt übergeben. — Von der Leyra befallen wurde in Kopenhaagen eine junge Dame, die Tochter eines Plantagenbesitzers auf Java, wo sie auch ihre Jugend verbracht hat. Der Spezialarzt Ehlers erklärt den Fall für sehr bedenklich und hat umfassende Maßregeln getroffen. — Infolge Unterstellung des Bahndamms ist zwischen Mostow und Nowo Tscherkask (Rusland) ein Personenzug entgleist. Die Lokomotive, der Postwagen und 7 Waggons sind vollständig zertrümert. 10 Passagiere und 3 Schaffner sind tot, 20 andere Personen schwer oder leicht verletzt. — Eine alte englische Bombe, welche bei Baggerarbeiten in der Bucht von Sebastopol zu Tage gefördert wurde, explodirte an Bord des Baggerschiffes; ein Mann wurde getötet und mehrere verwundet. — In den Rothstandesgebieten in Rußland ist der Skorbut rüdig verbreitet. — In der fiskalischen Spiritusreklassifikation in Ackermann (Westsachsen) erfolgte eine wahrscheinlich durch einen in Spiritus gefallenen Feuerfunkens verursachte Explosion. 6 Personen wurden getötet, 9 verletzt. Das Gebäude wurde zerstört. — Die Gefahren der Elektrizität beleuchtet wieder einmal ein Vorfall, der aus Gewalt gemeldet wird. Ein Aufsteiger arbeitete an der Fassade eines Hauses. Er stand auf hohem Gerüst. Plötzlich ergriff er infolge einer ungeschickten Bewegung mit der Hand zwei Leitungsdrähte der elektrischen Beleuchtung. Ohne auch nur einen Schrei ausgestossen zu haben, stürzte er augenblicklich als Leiche in die Tiefe. Eine vom Unglück verfolgte Familie. Letzlich sprach das Schwurgericht in Antwerpen eine Frau von der Unklage eines doppelten Kindermordes frei. Die Ungläckliche, die von ihrem Gatten schwer mishandelt wurde, hatte sich mit ihren beiden unmündigen Kindern in den Kanal gestürzt, wobei die Kleinen ertranken. Am Sonntag erschoss sich der 22jährige Bruder dieser Frau, nachdem er seine ihm unten gewordene Braut durch einen Revolverschuß verwundet hatte.

Auf der französischen Seelegraphenroute zwischen Dover und Wimereux wurden kurzlich während eines Schneesturmes, der von Blik und Donner begleitet war, Versuche unternommen. Der eben auf der Doversseite anwesende Chef des englischen Telegraphenwesens sandte während des Sturmes eine Begrüßungsdepeche an den französischen Handelsminister. Die Depeche hat ohne Störung und ohne Fehler — trotz des Gewitters — den Kanalraum passirt. Die Vorbereitungen sind bereits beendet zu Versuchen zwischen Newhaven und Dieppe, also auf eine Entfernung von 64 Meilen. — Schiffszug am en-

s. Nach einer Depesche aus Malta berichtete der dort angelauene englische Dampfer "Kingswell", er sei am 9. d. M. mit dem in Sini beheimatheten griechischen Dampfer "Maria" zusammengetroffen. Die "Maria" sank; von den an Bord befindlichen 49 Personen wurden nur vier gerettet. "Kingswell" blieb unbeschädigt. Durch den Anstrich des Flusses Melville sind, wie aus New-York gemeldet wird, verheerende Fluthen eingetreten. In Montana stehen große Landstriche unter Wasser. Die Eisenbahnen sind überflutet, hunderte von Männern sind umgekommen und im Allgemeinen ist viel Sachschaden angerichtet worden. 12 Personen sind in der Hochflut ertrunken und drei werden vermisst. Vaudubits Palais in Oakham auf Long-Island ist niedergebrannt. Vaudubit und Gemahlin entkamen mit knapper Noth. Die kanadische Regierung beschloß, beim Parlament die Ermächtigung nachzusuchen zu gemeinsamem Vorgehen mit Britisch-Australien bezüglich Herstellung eines Ma

bbedurchsichten Gesetzes.

Gretz. Auf der Redaktion der "Münchischen Volkszeit" erschien sehr aufgeregt ein Mann und erzählte, daß er von der Speditions-, Spicherer- und Kestler-Verfügungsgemeinschaft, von der er eine kleine Rente beziehe, die Ansprüche er halten habe, sich dem Arzte Dr. Kollert zur Untersuchung vorzustellen. Wenn er dieser Ansprüche nicht nachkäme, sollte ihm die Rente entzogen werden. Bei der Untersuchung habe ihm der Arzt gesagt, wenn er stundenlangen könne, so müsse er auch arbeiten können. Der Mann war neuerdings Aufläufer, wobei er sich die Verleugnung des Aufenthalts zuzog. Jetzt ist er Privatdiener und muß sich bei seinen Ausgängen des Stodes bedienen. Und da glaubt man nun, daß der Mann wieder völlig hergestellt ist. Es geht doch nichts über den viel geprägten Segen der Sozialreform!

Ein Edelster und Vester — angeklagt! Man erinnert sich noch des jahrelangen Prozesses gegen einen hessischen Grafen und Standesherrn, der so edel und so erlaucht ist, daß anfänglich die bürgerlichen Gerichte für ihn nicht zuständig sein sollen. Nun hat sich Graf Leiningen-Vesterburg zu Albenstadt, der endlich wegen Erbverlusts zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, der Strafe durch die Flucht nach Wien entzogen. Dort lebt er wieder herrlich und in Freuden. Er hat sich bereits seine Equipage und seine Lieblingspferde nachkommen lassen und auch ein Diener und ein Kammerjäger werden ihm bald folgen. Das übrige Personal erhält durch den Rentmeister bis zum 15. April gefindigt. Das Schloss zu Albenstadt wird einzuteilen durch einen Hausmeister verwaltet. Die Vorbereitungen für die Flucht des Herrn Grafen sind so auffallend betrieben worden, daß man sich eigentlich wundern muß, daß die Polizei nichts davon bemerkt hat. Für den Herrn Grafen wäre es allerdings auch eine ganz unstandesgemäße Erniedrigung gewesen, wenn er im Brachot mit ganz gewöhnlichen Spülkübeln hätte Worte zuspielen müssen.

Das Dresdener Hilfskomitee vor Gericht. Nachdem das bekannte strafrechtliche Buchthausrecht vom Schwurgericht gegen die neuem Bauarbeiter gefällt war, fand in Dresden eine öffentliche Volksversammlung statt, in der unter anderem auch ein Hilfskomitee gewählt wurde. Dieses Komitee hatte nicht die Aufgabe, eine Geldsammlung zu veranstalten, weil selber bereits ohnedies für die Unglückslichen und deren Angehörigen sehr reichlich eingingen; es hatte vielmehr den Zweck, das Unterstützungswerk nach bestimmten Grundsätzen zu regeln und den Verurtheilten bez. deren Angehörigen auch sonst, soweit es gewünscht wurde, hilfreich mit Ratschlägen etc. zur Seite zu stehen. In diesem Sinne wurde in Nummer 42 der "Sächsischen Arbeiterzeitung" eine Bekanntmachung des Komitees erlassen. Eine direkte Aufforderung zum Geldsammeln ist in der Bekanntmachung nicht enthalten. Es ist nur ganz allgemein darauf hingewiesen, daß noch erhebliche Mittel zur vollen Durchführung des Unterstützungswerkes erforderlich wären. Auf Grund dieser Bekanntmachung kommen nun alle neuen Mitglieder des Komitees sowie der verantwortliche Redakteur der Zeitung Strafmandate auf je 30 Mark. Sie sollen eine unerlaubte öffentliche Geldsammlung vorgenommen und dadurch gegen eine diesbezügliche Verordnung vom Jahre 1890 verstochen haben. Die neuen Genossen riefen die Entscheidung des Gerichtes an. Sie bestritten, daß die Bekanntmachung nur irgendwie beziehe, zum Geldsammeln aufzufordern. Genosse Ledebour wies

"Künftig klüger sein, mein Freund, wahrhaftig, das ist das Ganze!" erwiderte der Baron. "Wollen Sie meinen guten Rath hören?"

Als Vornsen schwieg, fuhr er bedächtig fort:

"Wenn Sie ein Jahr hier im Gefängnis zubringen sollen, sind Sie ein verlorner Mann. So weit muß Ihre Einsicht reichen, daß Sie dann nichts mehr zu hoffen haben. Im vorigen Jahre, als die Revolutionen losbrachen, ließ sich einiges erwarten und durchsehen. Die Völker," sprach er mit seinem spöttischen Lächeln, "ließen sich jedoch bewegen, daran zu glauben, daß die Zeit zur wohltätigen besonnenen Erfüllung früherer Verheißungen erst kommen könnte, wenn die Ruhe völlig wieder hergestellt sei. Die Ruhe ist nun wieder hergestellt und das Wohlthätige wird erfolgen."

"Eine fürchterliche Lehre für alle Völker!" sprach Vornsen.

"Sehe jeder, wo er bleibe!" fiel Hammerstein ein. "Ich habe Ihnen diesen weisen Spruch beim Anfang unserer Bekanntheit zitiert, und ich wiederhole ihn jetzt, wo wir vielleicht uns zum Leidtemale sehen."

"Es wäre läßig," rief er, indem er in Vornsens fiebhaft gerötetes Gesicht blickte, "aber es würde so sein. Sie gehen unter, mein Freund, wenn Sie auch jetzt nicht zur Bekanntheit kommen können. Zwanzig Jahre, ein ganzes Menschenalter, mögen leicht darüber verschließen, ehe in diesen stagnierenden Sumpf eine neue Bewegung kommt. Und was wird es dann sein? Was ist von diesem deutschen Volke zu hoffen, das, entartet wie es ist, ewig nur tote Kinder gebären kann. Nach einem Jahre, wenn Ihr Kerker sich öffnet, sind Sie vergessen. Gram, Zorn, der Kummer über ein verehrtes Streben, der Ekel über die Gemeinheit, die Sie umtreibt und zu Boden zieht, werden an Ihrem Leben nagen und dies vorzeitig enden. Wohin wollen Sie? Jede

außerdem noch darauf hin, wenn man wirklich in der Form einen Verstoß erbliebe, nur er als Verfasser verantwortlich gemacht werden könnte, da die anderen Mitglieder des Komitees den Wortlaut der Bekanntmachung nicht gekannt hätten. Wederfalls sei aber in Anbetracht des menschenfreudlichen Werkes die ausgeworfene Strafe von 30 Mark viel. Da der Gericht verurtheilte sämmtliche Angeklagten zu je 30 Mark Geldstrafe, gab also der Polizei recht. Die Namensunterschrift der Betreffenden rechtfertigte die Bestrafung auch derjenigen, die den Wortlaut vor dem Abdruck nicht gekannt haben. Der Verstoß gegen die strafliche Verordnung sei aber dadurch begangen, daß sich das Hilfskomitee überhaupt konstituiert habe, und die Strafe sei schon deshalb nicht zu hoch, weil bedeutende Summen und das Komitee eingegangen seien. Außer den neun Genossen wurde vom selben Gericht am Tage vorher ein Arbeiter zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er auf einem Bau in zwei Fällen Geldbeträge zu dem fraglichen Zwecke eingegangen waren, nicht gesammelt, hatte. Er erbot sich nur, mangels einer offiziellen Person, das bereits gesammelte Geld an die Centralstelle zu vermitteln.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist in Gleiwitz der Bergmann August Przywo unter Ausschluß der Offenheit zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Königl. Polizei wurde in Mittel der Reichsführermann Eggers aus Ellerstedt zu drei Monaten und 1 Woche Gefängnis verurtheilt. Eggers hatte die Neuerungen im Damaskus gethan, und der Wissenschaftsverein Klod, der mit Eggers' Tochter verlobt war und mit Eggers' Ehefrau nebenbei ein zärtliches Verhältnis unterhielt, hatte die Demunition der Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Der junge Mann spielte eine recht lästige Rolle in der Verhandlung. Wegen Majestätsbeleidigung war vor der Strafkammer in Halle a. S. der Konditor Johann Lamantin, ein geborener Italiener, angeklagt. Die Verhandlung entzog sich der Offenheit und endete mit Freiheitsstrafe. Der Konditor hatte eine Reise in die Neuerungen im Damaskus gethan, und der Wissenschaftsverein Klod, der mit Eggers' Tochter verlobt war und mit Eggers' Ehefrau nebenbei ein zärtliches Verhältnis unterhielt, hatte die Demunition der Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Der junge Mann spielte eine recht lästige Rolle in der Verhandlung.

Wegen Majestätsbeleidigung war vor der Strafkammer in Halle a. S. der Konditor Johann Lamantin, ein geborener Italiener, angeklagt. Die Verhandlung entzog sich der Offenheit und endete mit Freiheitsstrafe. Der Konditor hatte eine Reise in die Neuerungen im Damaskus gethan, und der Wissenschaftsverein Klod, der mit Eggers' Tochter verlobt war und mit Eggers' Ehefrau nebenbei ein zärtliches Verhältnis unterhielt, hatte die Demunition der Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Der junge Mann spielte eine recht lästige Rolle in der Verhandlung.

Der Schenknecht als Irrnwärter. In der "Magdeburger Volksstimme" lesen wir: Aus der Landeshaupt- und Pflegeanstalt für Geisteskrankte zu Bernburg in Anhalt liegt ein mit der Anstalt und einem Angeklagten abgeschriffter Vertrag vor, dessen § 1 wie folgt lautet:

"Der frühere Schweinemeister verpflichtet sich hierdurch am 1. . . . in den Dienst der Landeshaupt- und Pflegeanstalt für Geisteskrankte zu Schenknecht und Wärter einzutreten."

Der Vertrag enthält auch sonst ganz interessante Einzelheiten, doch glauben wir, daß § 1 vollkommen genügt zur Beurtheilung der Arbeitseintheilung in einer Anstalt für Geisteskrankte.

Die geimpften Flinten. Der Hauptmann v. Estorff, Gouverneur eines Distrikts in Deutsch-Westafrika, fand bei Ausführung des Befehls, daß alle Feuerwaffen, die sich in den Händen der Eingeborenen befanden, eingetragen und gestempelt werden sollten, bestigen Widerstand, da die Leute fürchteten, ihrer Waffen bereit zu werden. In Damaraland konnte jedoch Leutnant Eggers diese Aufgabe vorzüglich lösen. Er stand vor drei Jahren an der Spitze einer Kommission, die das Hindrich zum Schutz gegen die Pest impfte. Eine Operation, deren günstige Wirkung die Damaras nach kurzer Zeit vollkommen begriffen. Nun ließ der findige Leutnant aussprechen, daß er alle Flinten und Büchsen im Impfen wollte, damit sie fortan immer gut tragen und vor jeder Beschädigung sicher seien. Mit südlicherem Vertrauen stützten nun die Damaras aus allen Theilen des Landes in sein Lager und unterwarfen ihre Flinten eifrig der Stempelung.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 29. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Buchthausvorlage. Bernstein über die Berththeorie und die Klassen. Von K. Kantzky. Beiträge zur Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland. Von Max Schippel. Was lesen die Wiener Arbeiter? Fenileton: Water Almable. Von Guy de Maupassant. Deutsch von Wilhelm Thal. (Schluß.)

Künftig klüger sein, mein Freund, wahrhaftig, das ist das Ganze!" erwiderte der Baron. "Wollen Sie meinen guten Rath hören?"

Als Vornsen schwieg, fuhr er bedächtig fort:

"Wenn Sie ein Jahr hier im Gefängnis zubringen sollen, sind Sie ein verlorner Mann. So weit muß Ihre Einsicht reichen, daß Sie dann nichts mehr zu hoffen haben. Im vorigen Jahre, als die Revolutionen losbrachen, ließ sich einiges erwarten und durchsehen. Die Völker," sprach er mit seinem spöttischen Lächeln, "ließen sich jedoch bewegen, daran zu glauben, daß die Zeit zur wohltätigen besonnenen Erfüllung früherer Verheißungen erst kommen könnte, wenn die Ruhe völlig wieder hergestellt sei. Die Ruhe ist nun wieder hergestellt und das Wohlthätige wird erfolgen."

Er schwieg; Vornsen schien von dieser Schilderung bestrofen und sehr ergriffen. Es war, als empfände er die Wahrheit und kämpfe vergebens gegen ein Unstädniß.

"Sie haben dagegen gestimmt?"

"Ebenso wie ich dafür gestimmt habe, Sie jedenfalls abzusegen," sagte Hammerstein ruhig. "Björning hat Stützen im Volke, er hat mächtige und reiche Freunde, er versteht zu rechnen, läßt sich behandeln und was er schreibt und will, ist nicht feindlich gegen Dänemark, sondern nur feindlich gegen ein herrschendes System. Sie, Vornsen, haben gar nichts und doch sind Sie gefährlicher. Sie sind ein deutscher Patriot, der für ein freies und einiges Deutschland schwärmt. Wir haben Ihnen jetzt gezeigt, auf welche Stützen Sie rechnen können. Ihre eigenen Landsleute haben Sie auf die Schlachtkranken geliefert, Ihre eigenen Richter haben Sie gerichtet. Das Hohngelächter der reichsten und einflussreichsten Männer hat Sie in den Kerker begleitet, Ihre Verurteilung hat Freude hervorgerufen. Danachrassen sind nach Kopenhagen geschickt worden, und wer sich nicht freute, der ist wenigstens stumpfsinnig und gleichgültig geblieben und hat heimlich Gott gedankt, daß er sein ganzes Fell retten könne. Sehen Sie, das ist das Volk, für welches Sie sich geopfert haben. Nicht einmal die Zeitungen haben gewagt, eine kräftige Lanze für Sie einzulegen. Ihre bittersten Gegner in Kopenhagen haben es getan. So sehr alle Männer es verdammten müssen, was Sie beobachtet, so haben Björning und Genossen doch ihren Mut, ihre Talente und ihre Hingabe für ein faules und unabbaubares Volk gepriesen und verlängert. Sie haben es himmelreichend genannt, daß ein Obergericht sich durch Ihre Verurteilung so schamlos an den Pranger stelle, und haben für Ihre Sache sich selbst Verfolgungen ausgezetzt, weil die Regierung nicht dulden konnte, daß man die deutschen Provinzen, die Obergerichte, den Adel und die gesamte Bevölkerung so unbarmherzig mit Spott und Verachtung brandmarkte."

"Und was, Herr Staatsrat," sagte Vornsen bewegt, "was soll ich daraus lernen?"

"Sie haben dagegen gestimmt?"

"Sie haben dagegen gestimmt?"